

Udo Baron

### **Kommunistischer „Friedenskampf“**

**Michael Ploetz/  
Hans-Peter Müller: Fern-  
gelenkte Friedensbewe-  
gung? DDR und UdSSR  
im Kampf gegen den  
NATO-Doppelbeschluss,**  
LIT-Verlag, Münster 2004,  
386 Seiten, 29,90 Euro.

**Jürgen Maruhn/  
Manfred Wilke (Hg.):  
Die verführte Friedens-  
bewegung. Der Einfluss  
des Ostens auf die Nach-  
rüstungsdébatte,** Olzog  
Verlag, München 2002,  
255 Seiten, 12,00 Euro.

Am 8. Dezember 1987 unterzeichneten der amerikanische Präsident Ronald Reagan und der sowjetische Staats- und Parteichef Michail S. Gorbatschow in Washington das INF-Abkommen zur Beseitigung aller atomaren Mittelstreckenraketen in Europa innerhalb von drei Jahren. Mit diesem historischen Datum begann nicht nur der Ausstieg aus der atomaren Hochrüstung zwischen der Sowjetunion und den USA, sondern auch der

Anfang vom Ende des Kalten Krieges. Zugleich wurde mit dem Abbau dieser Waffensysteme der letzte große auf der Systemauseinandersetzung zwischen Ost und West beruhende innenpolitische Konflikt in der Bundesrepublik Deutschland beendet: die Auseinandersetzung um den NATO-Doppelbeschluss.

Wie bei allen wichtigen sicherheitspolitischen Entscheidungen zuvor, so führte auch der Beschluss des westlichen Verteidigungsbündnisses vom 12. Dezember 1979 – als Reaktion auf die sowjetische Überrüstung im atomaren Mittelstreckenbereich im Falle erfolgloser Verhandlungen mit der Sowjetunion neue amerikanische Mittelstreckenraketen vom Typ Pershing II und Cruise Missiles ab Herbst 1983 in Westeuropa zu stationieren – zu einer erbitterten innenpolitischen Diskussion. Durch die moralische Empörung über den vermeintlichen Abschied der USA von der Entspannungspolitik in Europa hatte sich die

„Friedensfrage“ zum zentralen Bezugspunkt aller Friedens-, Umwelt- und Emanzipationsbewegungen entwickelt. Unter der einen neuen Aufbruch in der bundesrepublikanischen Sicherheitspolitik symbolisierenden Bezeichnung „neue“ Friedensbewegung formierte sich eine Anti-Nachrüstungsbewegung, die schnell zu einem der herausragenden Protestphänomene der alten Bundesrepublik Deutschland werden sollte.

Ein Thema in den Auseinandersetzungen inner- und außerhalb der Friedensbewegung stellten bereits zu Beginn der achtziger Jahre die marxistisch-leninistischen Beeinflussungsversuche dar. Seit dem Umbruch in der ehemaligen DDR und den anderen Ländern des realen Sozialismus 1989/90 und der weitgehenden Öffnung ihrer Archive steht nicht mehr in erster Linie die Frage, ob es Versuche der Einflussnahme der SED und ihrer westdeutschen Bündnisorganisationen auf die Bundes-

republik gegeben hat, im Vordergrund des Erkenntnisinteresses. Vielmehr geht es heute darum, beispielhaft aufzuzeigen, mit welchen Methoden auf welche bundesrepublikanischen Institutionen, Organisationen und Personen die SED mit welcher Zielsetzung und welchen Folgen einzuwirken versucht hat.

### Antiwestliche Friedenspropaganda

Michael Ploetz und Hans-Peter Müller zeichnen in ihrer Studie über die *Fern gelenkte Friedensbewegung* mithilfe von Dokumenten aus dem Parteiarchiv der SED die Entfaltung der Propagandakampagne gegen die Entscheidung des westlichen Verteidigungsbündnisses aus der Binnensicht der beteiligten kommunistischen Apparate nach. Dabei kommen sie zu dem Ergebnis, dass dieser propagandistische Großangriff nicht nur darauf zielte, die Umsetzung des NATO-Doppelbeschlusses zu verhindern, sondern auch dazu bestimmt war, die Fähigkeit des Westens zur militärischen Selbstbehauptung entscheidend zu erschüttern. Die Bundesrepublik und deren Öffentlichkeit waren in der sowjetischen Strategie das Schlüsselfeld der Auseinandersetzung um die Abwehr der Nachrüstung. Dort galt es, im

Rahmen des gegen den Westen gerichteten kommunistischen „Friedenskampfes“ durch eine ausgefeilte Bündnispolitik nichtkommunistische Verbündete zu gewinnen, um die westdeutsche Bevölkerung gegen die westliche Sicherheitspolitik propagandistisch aufzurüsten und zu mobilisieren.

Akribisch zeichnen die Autoren die vielfältigen Ebenen der Einflussnahme auf die westdeutsche Friedensbewegung nach und machen diese Quellen dem Leser in ausführlichen Zitaten zugänglich. So wurden im Politisch-Beratenden Ausschuss des Warschauer Vertrages, dem formell obersten zivilen Entscheidungsorgan des östlichen Bündnisses, dem die Spitzen von Staat und Partei angehörten, die jeweils gültigen Grundlinien der sowjetischen Außenpolitik und die Sicht der internationalen Entwicklung aus sowjetischer Interessenslage heraus verkündet und interpretiert. Wichtige multilaterale und bilaterale Vorhaben und Abstimmungen bei der Umsetzung der Propagandaaußenpolitik im „Friedenskampf“ wurden auf der Ebene der Generalsekretäre und der zuständigen ZK-Sekretäre und ihrer Abteilungsleiter vorgenommen. Zutreffend sprechen die Akten von Letz-

teren deshalb als „Sekretäre für internationale und ideologische Fragen“ und bezeichnen sie als das, was sie faktisch waren: Parteiaußenminister und Propagandaminister. Die interne Meinungsbildung innerhalb der SED fand in den ZK-Abteilungen, insbesondere in der für die Westarbeit zuständigen Abteilung Auslandsinformation und der Westabteilung statt. Im ZK-Sekretariat und dem SED-Politbüro wurden dann die konkreten Entscheidungen getroffen und die Direktiven zu ihrer Umsetzung ausgegeben. Von hier aus erhielten die DKP und ihre westdeutschen Neben- und Tarnorganisationen nicht nur ihre Anweisungen, sondern auch die erforderlichen Gelder für ihre Tätigkeit im „Feindgebiet“. Bilaterale Treffen zwischen KPdSU und DKP beziehungsweise trilaterale unter Einschluss der SED dienten zudem den internen Abstimmungsprozessen zwischen den „Bruderparteien“ im „Kampf um den Frieden“.

Die von den Autoren ausgewerteten Dokumente fördern umfangreiche Materialien der internen Meinungsbildung zu Tage, die nicht nur das Ausmaß der kommunistischen Kampagne gegen den NATO-Doppelbeschluss belegen, sondern

auch den Umfang, in dem die sowjetische Staats- und Parteiführung mittel- und unmittelbar eingegriffen hatte. Sie definierte die Gesamtstrategie, die auf die Erosion der Westbindung der Bundesrepublik im Austausch gegen die vage Hoffnung auf eine innerdeutsche Annäherung zielte. Mithilfe der SED, deren spezifische Rolle darin bestand, über die SPD als „natürliche[n] Adressaten“ (Seite 356) dieser Politik und über die Friedensbewegung Einfluss auf die Politik der Bundesrepublik zu nehmen, wurden zwei zentrale Ziele verfolgt: kurzfristig die Verhinderung der Stationierung amerikanischer atomarer Mittelstreckenraketen und langfristig die vollständige und gleichberechtigte Anerkennung der DDR als „normaler“ Staat. Allen Planungen zum Trotz konnten die orthodoxen Kommunisten aber weder ihre Nah- noch ihre Fernziele erreichen. Dennoch gelang es ihnen, Schlüsselpositionen innerhalb der Friedensbewegung zu besetzen. Kommunisten konnten dadurch erheblichen Einfluss auf Beginn und Ausgestaltung von deren Kampagnen nehmen. Als wichtigsten Erfolg marxistisch-leninistischer Einwirkungsversuche konstatieren Ploetz und Müller deshalb, dass

sich „erstmalig in der bundesdeutschen Nachkriegsgeschichte eine Art gesamtdeutsche Anti-Raketen-Einheitsfront unter gleichberechtigter Einbeziehung der Kommunisten herausbildete“ (Seite 358), die einen nicht zu unterschätzenden Einfluss auf den politischen Meinungsbildungsprozess in der alten Bundesrepublik genommen hat.

### Virulenter Pazifismus

Auch die Autoren eines auf eine Tagung der Politischen Akademie Tutzing zurückgehenden Bandes über die *Verführte Friedensbewegung* haben die westdeutsche Friedensbewegung als Fallbeispiel für die Einwirkungsversuche der SED auf die Politik der Bundesrepublik ausgewählt. Ausgehend von der zentralen These, dass die „SED, die leninistisch-totalitäre Monopolpartei der DDR, [...] Einfluss auf die westdeutsche Friedensbewegung [nahm]“ (Seite 9), zeichnen sie die Geschichte der bundesrepublikanischen Friedensbewegung seit dem Beginn der Ostpolitik der sozialliberalen Bundesregierung nach. Einleitend fragt Alice Cooper nach dem Einfluss der Friedensbewegung auf die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik, wobei sie zu dem Schluss kommt, dass ihr Pazifismus auch

nach der deutschen Einheit virulent blieb. Als Beleg dienen ihr die Auseinandersetzungen um den Golfkrieg aus dem Jahre 1991 und die Konflikte im ehemaligen Jugoslawien. Josef Klein dagegen beschäftigt sich mit der Semantik der Nachrüstungsdebatte. Seiner Ansicht nach blieb die außen- und sicherheitspolitische Debatte von Regierung und Opposition im Deutschen Bundestag chancenlos angesichts einer moralisch vorgetragenen Reduktion der Fragen in der außerparlamentarischen Bewegung gegen den NATO-Doppelbeschluss.

Michael Ploetz spürt in seinem Beitrag der Funktion des DDR-„Friedensrates“ in der SED-Einflusspolitik auf die Friedensbewegung nach. Für ihn steht aufgrund der Quellenlage fest, dass dieser formell unabhängige, in Wirklichkeit aber der ZK-Abteilung Auslandsinformation unterstehende Apparat auf die Wehrlosmachung der bürgerlichen Gesellschaft zielte, indem er den Bevölkerungen der NATO-Staaten suggerierte, dass die Bedrohung des Friedens allein aus dem Westen käme. Wie diese Einflusspolitik umgesetzt wurde, ist das Thema des Beitrages von Udo Baron. Am Beispiel der sich in ihrer Gründungsphase befind-

lichen Partei „Die Grünen“ weist er nach, wie die SED durch die DKP und ihre Tarnorganisationen versucht hat, im Rahmen ihrer Bündnispolitik Einfluss auf nichtkommunistische Parteien und Organisationen der Bundesrepublik zu nehmen, um eine Massenbewegung gegen die westliche Sicherheitspolitik zu initiieren.

Einen propagandistischen Erfolg dieser Einwirkungsversuche stellt Jochen Staadt mit den „Generalen für Frieden und Abrüstung“ vor. Diese aus pensionierten Generalen der NATO bestehende und von dem IM „Super“ Gerhard Kade geführte Organisation erhielt jährlich allein von der für die Auslandsspionage zuständigen Hauptverwaltung A des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) 100 000 DM für ihre antiwestliche Agitation. Mithilfe eines von Kade im DKP-nahen Pahl-Rugenstein Verlag mit den Generalen produzierten Interviewbandes und einer von zwei bekannten SED-Propagandafilmern über diese Generale erstellten Dokumentation gelang der SED schließlich eine ihrer erfolgreichsten Kampagnen gegen die westliche Sicherheitspolitik.

Wie die Bundeswehr auf diese Herausforderun-

gen reagierte, beschreibt Günther Wagenlehner. Das von ihm geleitete Referat „Psychologische Verteidigung der Bundeswehr“ im Führungsstab des Bundesministeriums der Verteidigung versuchte in dieser Auseinandersetzung gezielt, durch Dokumentationen, Publikationen, Seminare und Vorträge die Abhängigkeit der Friedensbewegung, einschließlich des von der „Krefelder Initiative“ vorgelegten „Krefelder Appells“ und der „Generale für Frieden und Abrüstung“, von kommunistischen Direktiven und Argumenten nachzuweisen.

Mit dem konspirativen Wirken des MfS in der Friedensbewegung setzt sich abschließend Hubertus Knabe auseinander. Er kommt zu dem Fazit, dass die Friedensbewegung vor allem deshalb von außen beeinflusst werden konnte, weil es den extern geleiteten Kadern gelungen war, sich durch die Erosion der Abgrenzung gegenüber Kommunisten im inneren Kern der Friedensbewegung zu verankern, um ihr von dort aus Themen und Aktionen vorzugeben. Eine im Anhang aufgeführte und von Michael Ploetz und Hans-Peter Müller zusammengestellte Zeitleiste ermöglicht dem Leser, die in den Beiträgen erwähnten Er-

eignisse zeitlich ein- und zuordnen zu können.

## Keine Verschwörungstheorie

Anhand ausgewählter Fallbeispiele belegen die Autoren am deutschen Beispiel, dass die Sowjetunion und ihre Verbündeten unter ihrer Politik der „friedlichen Koexistenz“ nicht nur Entspannungspolitik im westlichen Sinne, sondern zuallererst die Fortsetzung des Klassenkampfes mit friedlichen Mitteln verstanden haben. Zum einen versuchten sie durch bilaterale Verhandlungen Einfluss auf die politischen Entscheidungen des Westens im Allgemeinen und auf die Bundesrepublik im Besonderen zu nehmen, zum anderen kam es ihnen darauf an, durch gezielte und verdeckte Maßnahmen auf parlamentarische Parteien und außerparlamentarische Bewegungen sowie die öffentliche Meinung einzuwirken. Allen nicht zu leugnenden propagandistischen Erfolgen zum Trotz erteilen sie aber jeglicher Art von Verschwörungstheorie, die besagt, die alte Bundesrepublik sei ein „naives, von Stasi-Agenten gesteuertes Objekt“ (Seite 14) gewesen, eine eindeutige Absage. Im Widerspruch zu den Quellen würde eine solche Behauptung die SED, ihre

Staatssicherheit und deren westdeutsche Verbündete ungebührlich aufwerten.

Beiden Büchern gemeinsam ist die These, dass diese Protestbewegung zwar erheblichen kommunistischen Einflussversuchen ausgesetzt gewesen war, sie aber in ihrer Breite kein kommunistisches Propagandaserzeugnis darstellte. Zu heterogen waren ihre Mitglieder und Strukturen, zu stark der blockübergreifende Friedensansatz von Teilen dieser Bewegung und deren Kontakte zu den unabhängigen Bürgerrechtsbewegungen in der DDR und den anderen Ländern des realen Sozialismus, als dass sie sich von den orthodoxen Kommunisten hätten vollständig für deren Interessen instrumentalisieren lassen. Zugleich widerlegen beide Arbeiten aber empirisch fundiert die bis zum Untergang der DDR gängige Behauptung, Einwirkungsversuche der SED auf bundesrepublikanische Protestbewegungen seien nur das Produkt einer „Kalten-Kriegs-Propaganda“ und entbehrten jeglicher nachweisbaren Grundlage. Mithilfe der heute zugänglichen Materialien von SED und MfS weisen sie nach, dass die Friedensbewegung durch

ihre Bereitschaft, Kommunisten als gleichberechtigte Partner in die Aktivitäten gegen den NATO-Doppelbeschluss mit einzubeziehen, diese erst in den Protestbewegungen gesellschaftsfähig gemacht hat. Kommunisten konnten so aufgrund ihres hohen organisatorischen Grades und ihrer finanziellen Potenz dank der Gelder der SED in Schlüsselpositionen gelangen, wodurch sie den Zugriff auf die Planung und Ausgestaltung der Kampagnen der Friedensbewegung erlangten.

Auch wenn die Sowjetunion und die DDR mit ihrer Doppelstrategie keines ihrer erklärten Ziele erreicht haben, so sind die Nachwirkungen ihrer Einflussversuche bis heute noch spürbar und reflexartig abrufbar, wie die Reaktionen der Friedensbewegung auf die politischen Ereignisse nach dem Ende des Kalten Krieges zeigen. Sei es bei den Auseinandersetzungen um die Einsätze der Bundeswehr im ehemaligen Jugoslawien oder der Ursachenforschung für die Terroranschläge vom 11. September 2001. Zunächst einmal steht der Feind bis heute für bundesrepublikanische Protestbewegungen in erster Linie im Westen.

Wird der Westen selbst einmal zum Opfer, dann ist allein seine angeblich auf Hegemonie und Ausbeutung zielende Politik schuld daran. Hieran wird deutlich, welche Spuren KPdSU und SED mit ihrer Beeinflussungspolitik im Westen hinterlassen haben. Sie griffen Grundströmungen, Denkweisen und Feindbilder der Friedensbewegung auf und versuchten, diese in ihrem Sinne zu instrumentalisieren. So halfen sie mit, Amerikakritik in einen unreflektierten Anti-amerikanismus umzuwandeln und die Feindbilder USA und NATO zu popularisieren. Zugleich setzten sie die Bundesrepublik dem permanenten Faschismusverdacht aus, sprengten ihren antitotalitären Konsens und wandelten den demokratischen Antikommunismus in einen Anti-Antikommunismus. Sie schürten so die Erosion der Abgrenzung zwischen demokratischen und nichtdemokratischen Parteien und Gruppierungen mit der Folge, dass es heutzutage nichts Anrüchiges oder gar Unehrenhaftes mehr an sich hat, sich von der SED-Nachfolgepartei, der PDS, tolerieren zu lassen, mit ihr zu koalieren oder gar zu verbinden.